

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 P., monatlich 22 P., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstag: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jahrgang 150 Nummern.

Leipzig, den 16. Oktober 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 P., die fünfspaltige Zeile; Anz., Verkaufs- und alle sonstigen Reklamanzzeigen 60 P., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 120

Der Kampf um die Betriebsräte

So oft im „Korr.“ die vielumstrittene Frage der Betriebsräte angelächelt wurde, geschah es zu dem ausgesprochenen Zweck, unter Abweisung parteipolitischer Bestrebungen das Problem vom praktischen Arbeiterstandpunkt aus zu beleuchten. Dementsprechend ist stets das wirklich Brauchbare aus dem Rätegedanken, der berechtigste Kern der ganzen Frage, zu erfassen versucht worden. Als einer der ersten ergriff unser Verbandsvorsitzender Kollege Seitz das Wort zur Diskussion. Zu einer Zeit, als namhafte Gewerkschaftsführer der Betriebsrätefrage noch recht skeptisch gegenüberstanden und der Beschluss der Reichsregierung über die Eingliederung der wirtschaftlichen Demokratie in die Verfassung in Gestalt der Betriebsräte noch nicht veröffentlicht worden war, trat Kollege Seitz im „Korr.“ (Nr. 36) in dem Artikel „Die Buchdrucker und das Räteproblem“, für die Beilegung sogenannter Kinderkrankheiten des Räteproblems ein, um die Betriebsräte im engsten Anschluss an die Gewerkschaften zu brauchbaren Gliedern und Mitarbeitern im politischen und wirtschaftlichen Leben des neuen Deutschland zu machen. Er wies dabei darauf hin, wie sympathisch man gerade in Buchdruckerkreisen dem Betriebsräteproblem begegnen werde, weil manches von dem, was seit langem bei uns verkreten und für richtig erachtet wurde, in jenem System verdrängt sei. Wünschenswert werde nach Überwindung der Kinderkrankheiten in den aus Vertretern der verschiedenen Berufe und Arbeiterkategorien zusammengesetzten Betriebsräten mehr praktische Arbeiterpolitik getrieben werden als in irgendeinem Parlament der Welt.

Das Bestreben der Arbeiterklasse, ihre durch die Revolution errungene Machtposition im Staate zu einer gründlichen Reform des Wirtschaftslebens auszunützen, trat immer mehr abtöler zulage, und die Reichsregierung sah sich beharrlich gezwungen, dem von Arbeiterseite ausgehenden Drucke nachzugeben durch die Verankerung der Betriebsräte in der Reichsverfassung. Der ursprüngliche Gesetzentwurf über die Betriebsräte vom 15. Mai erwies sich als unzulänglich und wurde von der Regierung zurückgezogen. Ein in grundsätzlicher Beziehung weitergehender und die gegen die erste Fassung vorgebrachten Einwände berücksichtigender zweiter Entwurf des Betriebsrätegesetzes trat an seine Stelle. Dessen wichtigste Bestimmungen wurden in Nr. 96 von uns besprochen. Obwohl auch dieser Gesetzentwurf noch mancherlei Mängel und Schwächen aufwies, war er im allgemeinen doch nicht einer so leidenschaftlichen Bekämpfung ausgesetzt wie der erste Entwurf. Es trat mehr ein heute noch aktueller Streit um die Richtung in Erscheinung. Während von linksradikaler Seite versucht wird, den Einfluss der Gewerkschaften auf die Betriebsräte auszuschalten, legt die mehr gewerkschaftlich interessierte Richtung in der Arbeiterschaft auf ein inniges Sandbindhandarbeiten mit den Gewerkschaftsorganisationen in der Betriebsrätefrage das Schwergewicht. Die Auswertung des durch die Gewerkschaften organisatorisch gesicherten Menschennaterials für die Betriebsräte scheint uns um so weniger entbehrlich, als die Grundforderung des Betriebsrätegesetzes, das Recht der Mitbestimmung über Arbeitslohn, Arbeitsbedingungen und Arbeitsleistung, schon immer von den Gewerkschaften bestig umhänft worden ist. Nur umfänglichen, sachkundigen und intelligenten Gewerkschaftsangehörigen wird es gelingen, die im Betriebsrätegesetz liegenden Entwicklungsmöglichkeiten zweckentsprechend anzuwenden. Zum Dummelplatz unwissender Schreier dürfen die Betriebsräte auf keinen Fall gemacht werden, wenn sie ihre eigentlichen Aufgaben erfüllen sollen. Nicht die Parteistellung darf bei der Wahl in den Betriebsrat ausschlaggebend sein, sondern lediglich die Sachkunde und die Fähigkeit, die wirtschaftlichen Bedingungen des Betriebs und des ganzen Wirtschaftszweiges, dem jener angehört, zu überblicken.

Am 21. August, kurz vor ihrem Eintritt in die Sommerferien, nahm die Weimarer Nationalversammlung die erste Lesung des Betriebsrätegesetzes vor. Reichsarbeitsminister Schäfers, ein Mann von reicher gewerkschaftlicher Er-

fahrung, führte bei der Begründung der Regierungsvorlage u. a. aus, die Regierung lehne ein Räteproblem mit politischen Aufgaben ab. Neben dem aus freiesten Wahlen hervorgehenden Parlament sei die Einsetzung noch einer zweiten derartigen Körperschaft unmöglich. Dagegen habe sich die Regierung den Gedanken zu eigen gemacht, die Räte mit wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu betrauen und demgemäß seien die Arbeiterräte in der Reichsverfassung verankert worden. Das Betriebsrätegesetz solle den Grundstein bilden, auf dem sich die noch folgenden Sondergesetze über die Errichtung von Bezirksarbeiterräten, Landesarbeiterräten und eines Reichsarbeiterrats aufbauen werden. Der Wiederaufbau unserer Wirtschaft sei nur möglich durch Gemeinschaftsarbeit, die sich gründet auf die Solidarität aller Volksgenossen. Voraussetzung für diese Gemeinschaftsarbeit sei die volle Gleichberechtigung

Unsern heimkehrenden Kollegen!

Ein freudig Willkommen aus Stnechtshaft und Fron
Nach furchtbaren Jahren und Tagen!
Willkommen dem Bruder, dem Vater und Sohn,
Euch allen, die Schwerstes getragen!

Nun kehrt ihr zurück zum heimischen Herd
Nach qualvollen Harren und Dangen,
Die Heimat, die euch so lang hat entbehrt,
Sie wird euch nun herzlich empfangen.

Und habt ihr sehnsüchtig die Stunden gezählt,
Die zur Heimat ihr durftet fahren —
Vergessen sei nun, was euch gequält
In all den unseligen Jahren.

Hed Deynhausen. Karl Vogler.

ung der Arbeiter auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete. Der bei der ersten Lesung des Betriebsrätegesetzes lautgewordene Widerspruch gegen die wichtigsten Bestimmungen war auf der rechten Seite des Hauses ebenso lebhaft wie auf der linken. Die dem Unternehmertum nahestehenden Parteien machten von vornherein Stimmung gegen den Entwurf, nachdem bereits die Unternehmer selbst durch vollständig geschlossenes Vorgehen aller Berufsgruppen versucht hatten, den Entwurf zu ihren Gunsten zu gestalten. Den politischen Vertretern der Arbeiter dagegen ging der Gesetzentwurf nicht weit genug; sie verlangten in Abereinstimmung mit den Forderungen des Nürnberger Gewerkschaftskongresses das volle Mitbestimmungsrecht in allen Betriebsangelegenheiten, ebenso bei Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten. Die Vorlage wurde schließlich dem sozialpolitischen Ausschuss der Nationalversammlung zur weiteren Beratung überwiesen.

Eine Woche vor Beginn des gegenwärtigen Tagungsabschnitts der Nationalversammlung, die nun wieder im Berliner Reichstagsgebäude tagt, nahm der sozialpolitische Ausschuss die Beratungen des Betriebsrätegesetzes wieder auf. Gleich bei Eröffnung der Verhandlungen kam es zu einer lebhaften Generaldebatte, an der sich alle Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen beteiligten. Die Demokraten legten einen vom Abgeordneten Erkelens stammenden Gegenentwurf des Kongresses freihändler-nationaler Arbeiter- und Angestelltenverbände vor, den sie unter scharfer Kritik des Regierungsentwurfs zäh verteidigten. Zwei Grundsätze, die das Betriebsrätegesetz nach dem Willen der Demokraten erfüllen soll, ergeben sich aus dem vorgelegten Entwurf: 1. Es muß so gestaltet werden, daß ein gutgeleiteter Gewerksverein oder eine Gewerkschaft auch im Kleinenbetriebe durch einen Betriebsrat nicht überflüssig gemacht und beiseite geworfen kann. 2. Der Betriebsrat darf kein einseitiges Organ der Arbeitnehmer sein. In

ihm müssen die Interessen der Unternehmer und Arbeiter — soweit der Betrieb in Frage kommt — ausgeglichen werden in ein gemeinsames höheres Betriebsinteresse. Statt Redeschlachten soll Arbeit geleistet werden. Die Vertreter der Sozialdemokratie und des Zentrums erklärten, den Voten des Regierungsentwurfs nicht verlassen zu können, wenn sie im einzelnen auch Ausstellungen an dem Entwurf machen und zahlreiche Abänderungsanträge bei der Spezialberatung in Aussicht stellen. Die Deutschnationalen bekämpften den Entwurf sehr scharf. Zumal die Einbeziehung der Landwirtschaft ist ihnen ein Dorn im Auge. Selbst eine neue Streikwelle als Folge einer Verschlechterung des Gesetzentwurfs über die Betriebsräte würden die deutschnationalen Herren nach dem Eingeständnis eines ihrer Redner gern in Kauf nehmen, wenn nur die so verhasste Demokratisierung der Wirtschaft durch zeitgemäße Ausgestaltung des Gesetzes verhindert wird. Dieses Eingeständnis der Herren von der äußersten Rechten wird man sich merken müssen. Sie wollen eben den sozialen Frieden gar nicht; viel höher steht ihnen die Erhaltung des alten Herr-im-Kaufe-Standpunktes. Im Gegenfalle zu der äußersten Rechten stellte sich der Vertreter der Deutschen Volkspartei im groben Ganzen auf den Boden der Vorlage. Als Ziel des Gesetzes wünschte er die Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und damit die Abwendung von Konflikten, die das Wirtschaftsleben erschüttern könnten. Am umstrittensten waren und sind die Bestimmungen über die Einsetzung der Betriebsräte in die Bilanzen, die Gewinn- und Verlustrechnungen und die Beteiligung an den Ausschüssen; ferner die Zusammenfassung der Arbeiter und Angestellten im Betriebsrate sowie das Einspruchsrecht bei Neueinstellungen. Die Rechtsparterten wollen unter Schaffung eines Rahmengesetzes nur Mindestforderungen in das Gesetz einlagern und alles andere dem Verordnungsweg überlassen, ein Gedanke, der beim Zentrum und auf der Linken scharfen Widerstand auslöst. Die Sozialdemokratie ist bestrebt, alle rechtlichen Sicherungen der Arbeiter auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet in das Gesetz hineinzuarbeiten und die besonderen Interessen einzelner Industriezweige, insbesondere des Bergbaues, im Gesetz zu berücksichtigen. Bleibt das Zentrum fest, so scheint eine Mehrheit für die wesentlichsten Bestimmungen der Gesetzesvorlage gesichert zu sein, nachdem schließlich die Demokraten erklärten, die Vorlage als Verständigungsbasis zu betrachten und die abweichenden Bestimmungen ihres eignen Entwurfs von Fall zu Fall in Form von Abänderungsanträgen einzubringen. Unbefreitbar herrschte bei den maßgebenden politischen Parteien das Bestreben vor, das so leidenschaftlich umstrittene Betriebsrätegesetz so rasch wie möglich zur Verabschiedung zu bringen.

Bei dieser parlamentarischen Sachlage läßt es dem organisierten Unternehmertum notwendig, gegen das Zustandekommen des Betriebsrätegesetzes in der von der Regierung vorgelegten Fassung mit allen Kräften Sturm zu laufen. Zunächst verständigten sich die vereinigten Unternehmerzentralen, der Reichsverband der deutschen Industrie, die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, der Zentralverband des deutschen Großhandels, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, über einen an die Nationalversammlung einzureichenden gemeinsamen Gegenentwurf. Aber den Inhalt dieses Gegenentwurfs zur Regierungsvorlage ließ nur so viel gesagt, daß nach den Interneremvorschlägen von den Betriebsräten so gut wie nichts mehr übrig bleibt. Sie sinken lediglich zu dekorativen Einrichtungen herab, die dem bisherigen Betriebsabsolutismus nichts anzujagen vermögen. Mit der Entziehung der Arbeiter in Kleinbetrieben gehen Hand in Hand Verschlechterungen der Wahlbestimmungen. Die Amtsdauer der Betriebsräte soll auf zwei Jahre verlängert und das aktive Wahlalter auf 20, das passive auf 25 Jahre heraufgehoben werden. Voraussetzung für die Wählbarkeit soll eine mindestens einjährige Betriebsangehörigkeit sein. Auch hinsichtlich der Befugnisse des Betriebsrats bei der Einberufung, Ver-

fung und Geschäftsordnung der Sitzungen sowie dertragung der Anhalten weist der Unternehmer nur auf die Bestimmungen auf. Die Bestimmungen über die Abfertigung solcher Betriebsratsmitglieder, die das Vertrauen ihrer Mitbürger haben, sind einfach getroffen worden. Esagen erklären die Beschlüsse, nach denen der Schlichtungsausschuss auf Antrag des Arbeitgebers einen Betriebsrat einleiten kann, eine erhebliche Verschärfung. Die Veräußerungsansätze der Unternehmerverbände bestehen sich jedoch nicht nur auf die Organisation des Aufbaues der Betriebsräte, sondern auch auf deren Aufgabenkreis. Lediglich die Überwachung bestehender und die Mitwirkung beim Abschluss neuer Tarifverträge, die Vereinbarung der Arbeitsordnung und die Mitwirkung bei der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften will man den Betriebsräten zugestehen. Alles darüber hinausgehende wird von den Unternehmern rundweg abgelehnt. „Es ist vollständig ausgeschlossen“, heißt es wörtlich in der Eingabe, „dass der Betriebsrat auch nur durch ein einziges Mitglied an der Festlegung der einzelnen Löhne und Minderlöhne mitwirkt.“ Selbst die an und für sich sehr vorläufige Festlegung der Tarifvorlage, die eine „Mitarbeit“ des Betriebsrats bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden vorseht, fand keine Gnade bei den Unternehmern. Sie knüpfen daran ganz einfach den Vermerk: „Gültig wenn“ und bemerken kategorisch dazu, dass die Arbeitnehmer lediglich nach erfolgter Einführung neuer Arbeitsmethoden ein Urteil abgeben könnten, unter keinen Umständen aber vorausbestimmen hätten. Die gleichen Maximen fanden Anwendung bezüglich des vorgesehenen Mitbestimmungsrechts des Betriebsrats bei Einstellungen und Entlassungen. Man will nicht einmal dem Betriebsrate gestatten, den Unternehmer „durch Rat zu unterstützen“, wie der Regierungsentwurf vorseht, und das Recht des Betriebsrats, ein Mitglied in den Aufsichtsrat zu entsenden, soll kurzgehand „weggelassen“.

Diese Stoffproben mögen genügen für die Einschätzung des Gegenentwurfs der Unternehmer. Es spricht daraus eine Weltfremdheit gegenüber einmütigen, aus dem Zeitgeiste geborenen Forderungen aller Arbeiter und Angestellten, die diese bis zur Hoffnungslosigkeit verdfimmern muß. Der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände glaubten noch ein übriges tun zu müssen, indem sie auf einer von etwa 400 Vertretern der Industrie beschlossenen Berliner Tagung Ende September nach schärfster Kritik an dem Betriebsratgesetz einmütigen und entschledenen Einspruch erhoben gegen den von der Regierung vorgelegten Entwurf. Es heißt in jener Entschledung u. a.:

Die deutsche Industrie erwartet von der Nationalversammlung im Hinblick auf die gefährliche Lage der deutschen Wirtschaft, die weitere Experimente nicht mehr verträglich, verständnisvolle Berücksichtigung der Wünsche, die in gemeinamer Eingabe der deutschen Arbeitgeberverbände der Nationalversammlung unterbreitet worden sind. Der sinnliche Einfluß der Betriebsräte auf die Betriebsleitung, ihr Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden, ihre jederzeitige Abfertigung durch die Betriebsversammlung, der Zwang zur Vorlegung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung, die Abordnung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat, erscheinen so gefährlich für die Leistung, Ordnung und Leistungsfähigkeit der Betriebe, daß der Entwurf in dieser Form nicht Gesetz werden darf.

Die Unversöhnlichkeit, mit der das organisierte Unternehmertum vorerwähnten Zuständen und damit einer neuerlichen Verankerung seiner Alleinherrschaft im Wirtschaftsleben zutrifft, kann kaum offenkundiger hervortreten. Ein im Rahmen der Vorschläge der Unternehmer gehaltenes Betriebsratgesetz wäre ein Hohn auf jedes Mitbestimmungsrecht des Arbeiters im Produktionsprozeß und zugleich die denkbar schärfste Herausforderung der gesamten Arbeitnehmerchaft. Gewiß soll und kann nicht erwartet werden, daß durch das Betriebsratgesetz die Betriebe den darin Beschäftigten resp. ihren Vertretern einfach ausgeliefert werden. Das widerspricht die sozialistischen Auffassung, wonach ein Betrieb nicht nur im Interesse seiner Arbeiter, sondern in dem der Allgemeinheit verwaltet werden soll. Worauf es ankommt, das ist die Notwendigkeit, den Arbeitern und Angestellten einen kontrollierenden Einfluß auf die Betriebsleitung einzuräumen, etwa in der Art, wie ihn Dr. Georg Schilling, Professor an der Technischen Hochschule in Charlottenburg, in den Spandauer Verhältnissen praktisch erprobt. Der Genannte stellt in einem im „Berliner Tageblatt“ vor kurzem erschienenen lehrreichen Aufsatz folgende Gedanken über das Verhältnis zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat auf:

Die Betriebsräte mögen den Vetter überall bewachen — wie ihn sein Gewissen, sein Recht, und Anstandsgefühl bei jeder Sandlung leitet —, sie rüden jede seiner Sandlungen auf die Goldwaage legen, sie mögen ihn für all sein Tun zur Verantwortung ziehen, aber sie sollen seinen Entschlüssen nie in den Arm fallen dürfen. Für die Folgen der Tat ist der Vetter voll verantwortlich, die Tat selbst muß gültig und richtig sein. Wie ein Raubvogel mag der Betriebsrat über

ihm schweben, unverfänglich gegenüber wiederholten Geheiß, stets wachsam, nimmermüde, aber nur dann aktiv eingreifend, wenn der Betriebsleiter, dem Vertrauen und Glauben folgen müssen, selbst nach Rat ruff, wenn er die ihm übertragene Verantwortung allein nicht tragen will, kann und darf.

Wohle uns, wenn Arbeiter und Angestellte in zu weitgehendem Mißtrauen gegen den „Unternehmer“ die Taktrolle der künftigen Leiter fähmen. . . Wird der Betriebsrat zum Betriebsdiktator, so werden die besten Kopfsteher aus Deutschland auszuwandern, der gute Kern dieses Gelehes wird vernichtet, seine Auslieferung wird, wie ein ewiger Crispin, Sanft und Streik zur Dauererleichterung machen und die deutsche Industrie schließlich kiten. Die Arbeiterschaft hat heute die Macht, wehe ihr, wenn sie diese in ähnlicher Weise mißbraucht, wie es früher recht viele, aber durchaus nicht alle Unternehmer taten. Die richtige Auswahl, aber auch die richtige Ausbildung der Betriebsräte wird den Schlüssel zur Lösung finden lassen.

Jede Überpannung des Machtgefühls der Arbeiterschaft wird sich früher oder später rächen. Was in allerjüngster Zeit über schrankenlose Willkür rabthaler Arbeitervertreter in einzelnen Betrieben der Berliner Metallindustrie und im Bergbau öffentlich bekannt geworden ist, muß jeden denkenden Arbeiter mit schmerzlicher Besorgnis erfüllen. Nur dann, wenn es gelingt, gewerkschaftlich gekählte Vertreter in die Betriebsräte zu entsenden, die wirkliche Arbeiterinteressen zu fördern verstehen, vermögen die Betriebsräte erfolgreich zu wirken. Die Verherrschung des Welsens der Betriebsräte und der Grenzen ihres Wirkungsbereichs erschwert aber auch das Zustandekommen eines brauchbaren Gelehes ungemün. Bei der gegenwärtigen Verteilung untrer politischen Machtverhältnisse dürfen die Schwierigkeiten, die dem Zustandekommen des Betriebsratgesetzes nach der Vorlage der Regierung auf demokratischer Grundlage entgegenstehen, keinesfalls unterschätzt werden. Die sozialdemokratische Fraktion hat wahrlich keinen leichten Stand, um die von den Scharfmachern aller Schallenerungen eingebrachten Verschlechterungsansätze abzuwehren. Im Interesse der gesamten Arbeiterschaft läge es ganz gewiß, wenn auch die äußerste Linke in der arbeitgebenden Führerschaft ihren Alles-oder-nichts-Standpunkt einmal durchbrechen würde, um die günstigsten Entwicklungsmöglichkeiten, die die Betriebsratvorlage für die Arbeiterbewegung einschließt, nicht zu verschlechtern durch eine überlangedachte Obstruktionspolitik nach der bekannten Melodie „Alle Macht den Arbeiterkräften!“ Es ist schon so, wie kürzlich die „Münchener Post“ bemerkte: Wie alles Positive, das in dieser Zeit entsteht, muß auch das Betriebsratgesetz den schmalen Weg zwischen Späße und Charabdis passieren, zwischen der reaktionären und der bolschewistischen Gefahr. Daß die Regierungsvorlage nicht so wertlos ist, wie man es auf radikaler Seite hinwzuzellen bemüht ist, dafür liefert das ungestüme Sturmlaufen des gesamten Unternehmertums gegen das geplante Gesetz den besten Beweis.

Daß die Betriebsräte das Brauchbarste des ganzen Arbeiterproblems, sein eigentliches Kernstück, darstellen, unterliegt gar keinem Zweifel. Die Betriebsräte bilden die Grundpfeiler der von der Arbeiterschaft erstrebten neuen Arbeits- und Wirtschaftsvorstellung und stellen zugleich das Mittel dar, um die Arbeitsfreudigkeit zu steigern und die Produktion einer größeren Ertragsfähigkeit auszuführen als unangenehmliche Vorbereitung zur Sozialisierung. Solange diese wichtige Zwischenstufe nicht erklommen und ausgebaut ist, fehlt allen Sozialisierungsplänen die Durchführbarkeit. Den Gewerkschaften stellt das vor keiner parlamentarischen Verabschiedung stehende Betriebsratgesetz ungemün schwierige Aufgaben. Schon heute muß sich jeder, der tiefer in die Materie eindringt, sagen, daß von einer Ausschaltung der Gewerkschaften durch die Organisation der Betriebsräte absolut keine Rede sein kann. Im Gegenteil, beide Interessensvertretungen müssen sich gegenseitig aus innigste ergänzen und stützen, um mit nüchternem Wirtschaftssinn die harten Tatsachen des komplizierten Wirtschaftslebens zu messern und dem Sozialismus die Bahn zu ebnen. Zu besseren Verhältnissen und zur späteren Verwirklichung des Sozialismus gelangen wir nur durch die Beseitigung des schrankenlosen Eigennutzes der Menschen. Nicht daß der einzelne für sich selbst so viel als möglich zu erlangen sucht, kann unser Lebenszweck und -ziel sein, sondern daß jeder — ob Unternehmer oder Arbeiter — seine Kräfte in den Dienst des Volksganges stellt und so seinen Vorteil findet. Durch alle um besten aller! Die dem hohen Ziele sollen auch die heute noch so hart umhüllten Betriebsräte in engem Zusammenwirken mit den Gewerkschaften dienen.

Woran wird es liegen?

Die eigenartige Stellungnahme in dem Artikel „Nuch einer, der nicht zu Worte kam“ (Nr. 111 des „Korr.“) über die letzte Versammlung des Ganges Dresden veranlaßt mich, hierzu einiges zu sagen. Betrachtet man sich den Inhalt des betreffenden Artikels, dann kann man nur froh sein, daß Nachege Graue durch den dankbaren Schluß der Versammlung nicht mehr zu Worte kam, denn es ist derselbe Ton, wie er in den letzten Versammlungen vor-

herrschte. Nach der Bestimmung über die Resolution, die das materielle Ergebnis der Tarifratsbestimmung betraf, zu urteilen, ist der größte Teil der Kollegen nur deshalb in die Versammlung gekommen, um den Bericht zu hören und dem Unwillen zum Ausdruck zu bringen über das minimale Resultat untrer heiligen Hauptforderung: Einpaßung der Lohnverhältnisse an die Lebensverhältnisse. Dann auch, um untrer Vertreter zu erklären, daß die Kollegen in Zukunft durch Abstimmung bei solchen Verhandlungen selbst über Annahme oder Ablehnung entscheiden wollen.

Warum aber war eine solche Kritik nicht möglich? Nach erfolgter Berichterstattung des Kollegen Bogens erhielt stolze Gledler das Wort, um weniger auf das materielle Ergebnis als auf die zukünftigen Probleme einzugehen. Ich glaube, untrer Hauptanliegen war auch dem Kollegen Bogens war diese Debatte gar nicht unangenehm, da dadurch eine Misssprache über untre Hauptforderung, die Lohnfrage, nicht mehr möglich war.

Weshalb wurde eigentlich Schluß der Versammlung gewünscht? Ich glaube, weil ein großer Teil von der Debatte, die immer mehr auf die persönliche, politische Anschauung des Kollegen Gledler in Verbindung mit seiner Partei hinauslief, angeheft wurde. Sind derartige Debatte nicht ein Grund dafür, daß wenig Interesse bei untern Kollegen an dem Versammlungsleben trotz der jeden Tag umstürzenden dringenden Zeit vorhanden ist?

Es wäre an der Zeit, wo trüben Zeit wieder mehr fortdrängliche Gewerkschaftspolitik, als daß wir uns mit den persönlichen Anschauungen einzelner Mitkollabor und ihren politischen Liebhabereien beschäftigen. (Mit dem Dresdener Versammlungsdirektor ist aus Schluß im „Korr.“; man sage sich weiteres persönlich. Red.)
Dresden. M. Kl.

Etwas über Ferien

Ein Sonnenblick in unterm schweren Dajinskamm! In gegenwärtiger Zeit doppelt notwendig. Man atmet auf, freut sich, einmal ausspannen zu können und atmet sich allerhand vor, vergißt aber dabei vielfach, daß diese Bergklimmung, um die wir lange genug und hart haben kämpfen müssen, in der Hauptsache als Erholung dienen soll.

Darin wird aber schon schwer gesündigt und um so vielen Aufständen das Einzelne unmöglich zu machen, müssen die Ortsverbände und Kollegen sich einmal ernstlich mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Zwar sollten jetzt alle Kollegen ihre Ferien schon hinter sich haben, aber dazu hat es manchmal am guten Willen gemangelt.

Jeder will besondere Wünsche berücksichtigt wissen, denen kann und soll nach Möglichkeit nachgegeben werden. Der allgemeine Wunsch äußert sich wohl dabei: Wenn nur der Weltgott ein Einleben hat! Aber das ist nicht alle beglückt werden können, das heißt jeder verdfimmte Kollege ein. Ich muß das anführen, obwohl es in diesem Jahr eingetroffen ist, daß wir seit Monaten andauernd schönes Wetter hatten. Dennoch gibt es Kollegen, die sogar Einlage- oder Sabbatferien machen in der Hoffnung, daß sie unentbehrlich sind. In einer Zeit, wo die Worte heißt: „Freie Bahn für die Rächigen“, sollte es solche Einbildung gar nicht geben.

In einer untrer Versammlungen wurde gegen das Einzelne solcher Zustände von mehreren Kollegen Stellung genommen und erwähnt, daß viele Kollegen zwei, drei- und mehreremal ihre Ferien vorziehen. Das sind doch keine Ferien! Wo es geschäftlich fastlich nicht ungegangen werden kann, daß eine Teilung eintritt, ist es etwas andres. Wenn aber Kollegen selbst ihre Ferien nicht besser zu verdingen wollen und sie sozulagen in Ferien abmachen, dann ist das zu beurteilen und bedeutet Schließung der Gesamtkollegenchaft.

Mit gutem Willen läßt es sich sogar machen, daß wenn zweimal Ferien gemacht werden sollen, dann das ganze oder halbe Personal einmal eine Woche zusammen ansieht bei schönem Wetter. Dadurch würde solchen unerschließlichen Leuten der Boden entzogen.
Freiburg i. Br. A. Kinds.

Reorganisation des Herbergswezens

Ich bin mit meiner Zeit gegenang — Gewiß ein rechtes Kind der Zeit —, Mich trieb ein drückendes Verlangen Selbst in das ferne Steppenfeld.

Es geht zu den Zeichen der Zeit, daß ein jeder auf die eine oder andere Art möglichst viel Geld verlangt. Die Invaliden, Kranken, Arbeitslosen; alle wollen sie mehr haben. Erhöhung der Reueunterstützung fordert ein Regensburger Kollege in Nr. 97 mit vollem Recht. Gehört doch das Wandern zu den schönsten Erinnerungen des Buchdruckers. Aber ehe an ein Wandern gedacht werden kann, muß erst das Markensystem verschwinden!

Nun habe ich schon vor etwa 25 Jahren im „Korr.“ in meinen Reiseerlebnissen dessen Buchdruckerherbergen verlangt, aber es ist meistens beim alten geblieben, denn die Herbergskommission wird oft aus Vorstandsmitgliedern gewählt, und doch gehören sachkundige Kollegen hinein, damit der Reue gesunde und hauptsächlich habere Schicksalgeheft vorliegt. Die Schlafspeichen der Buchdrucker müssen an allen Orten verschwinden! Dann geht mit Auf der junge Kollege auf die Waise. Auch ich gehre noch von den Genossen einer Wanderung von Interlaken nach Eger, Mönch und Jungfrau und den Lavinenschauern am Rosenaukloster und von Klüder durch die Alpen nach Luzern.

Das die Erde rund ist, wurde mir erst klar, als ich an der Nordsee an der „Alten Liebe“ in Stargard stand. Aber was nützte die reine Luft, wenn man sich abends in feuchtmödrige und predige Betten legen mußte? Ward eine gründliche Reorganisations gefordert, dann kommt hoffentlich schon im Jahre 1920 wieder ein fröhliches Wandern der Buchdrucker.

Leipzig. Alexander Richter.

○○○○ Korrespondenzen ○○○○

Duisburg. Die dritte diesjährige Bezirksversammlung fand am 21. September in Oberhausen statt. Anwesend waren 158 Kollegen, und zwar aus Duisburg 84, Mülheim 41, Oberhausen 33, Ruhrort 2, Elberfeld 8, Sandbörn 7. Als Gäste konnten wir in unserer Mitte begrüßen Kollegen Westram (Alten), der an Stelle des verstorbenen Kollegen Albrecht als Referent erschienen war, sowie unsere alten Kollegen Eugen Eckert (Wien). Der Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende von dem Ableben des langjährigen treuen Verbandsmannes lediger Wilhelm Kaasen Kenntnis, dessen Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Unter „Geschäftlichem“ teilte Vorsitzender Walz mit, daß vom Bezirk Bochum ein Briefwechsel eingegangen sei, worin zu einer Konferenz betriebs Rechnung der Volkshilfsfrage für das rheinisch-westfälische Industriegebiet eingeladen wird. Weiter gab der Vorsitzende Kenntnis von einer Resolution des Ortsvereins Oberhausen, die weitgehende Feuerungszulagenforderungen erhebt. In die Ortsvereine aus Krefeld gelangt zurückkehrende Kollegen hat der Vorsitzende in ausgiebigster Weise zu unterrichten und dafür zu sorgen, daß sie wieder an ihre alten Arbeitsplätze gestellt werden. Hierfür nahm Kollege Westram das Wort zu seinem Vortrag: „Die gesundheitliche Lage im Buchdruckergewerbe“. Redner ging an Hand des Beschäftigtenprotokolls, der Berichte der Anstalten und persönlicher Mitteilungen des Kollegen Albrecht ausführlich auf die künftigen Verhandlungen des Tarifausschusses ein. Er betonte unter dem lebhaften Beifall der Versammlung, daß unsere Stellung nicht in der fiktivsten Steigerung der Feuerungszulagen, sondern in der Forderung unserer Volkshilfsfrage. Ferner forderte er von der Regierung stärksten Kampf dem Wucher- und Schieberlump, das heute am Lebensmarkt des Volkes laugt und uns unrettbar dem Abgrunde antreibt. Die nachfolgenden Diskussionen der Kollegen Walz, Helm, Meierwald leiteten die Diskussion Oberhausen ab und betonten, daß es der Allgemeinheit nichts nütze, wenn einzelne Orte oder Bezirke einige Mark mehr an Lohn herausbringen. Nicht viel vor allen Dingen Barmherzigkeit und Disziplin. Auch Kollege Schorch richtete beherzungsreiche Worte an die Versammlung mit der Mahnung zur Einheit und Selbstheiligkeit. Kollege Westram konnte in seinem Schlusswort feststellen, daß die Kollegenschaft des Bezirks Duisburg den festen Willen bekundet, sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen zu stellen und die Tarifkonditionen hochzuhalten. In einer einstimmig angenommenen Resolution sprach die Versammlung den Wohlwollenden, besonders dem Kollegen Albrecht, für ihr energieloses Eintreten für die Wohlwollenden Dank aus. Sie gab ihrer großen Enttäuschung Ausdruck über die geringfügigkeit der bewilligten Feuerungszulagen und erbat, daß recht bald ein gerechter Ausgleich zwischen Lohn und Feuerung eintritt. Mit Unterstützung nahm die Versammlung Kenntnis von dem Antrage der Prinzipale auf Lohnabbau. Unter den gegebenen Verhältnissen sollte sich die Versammlung auf den Boden des Erreichten und verpflichtet, mit allen Kräften für dessen Durchsührung Sorge zu tragen. Die Versammlung beauftragte den Verbandsvorstand, seine ganze Kraft einzusetzen für den Zusammenhalt aller im graphischen Gewerbe Tätigen, um dem gesuchten Unternehmertum eine gesunde Arbeiterschaft gegenüberstellen zu können. Weiter forderte die Versammlung eine recht baldige Revillon des Tarifs.

Griff. Die aufbesuchte außerordentliche Generalversammlung am 20. September mußte nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten zur Wahl eines neuen Vorsitzenden schreiten, da Kollege Berndt Würth verstarbt. Gewählt wurde Kollege Wilsch. Im Hauptinteresse stand der Bericht über die schon seit Null Schwedens Verhandlungen mit den hiesigen Prinzipalen, betreffend die Erhöhung des uns tariflich aussehenden Lohnzuschlags auf 12 1/2 Proz. Eine Erläuterung war vor der Tarifabschlussung fast erreicht. Die Versammlung beschloß, einsehend dafür Sorge zu tragen, daß das gegebene Versprechen innerhalb 14 Tagen eingelöst wird.

Wolfs. Ihre letzte Ortsvereinsversammlung beschloß sich neben Erledigung mehrerer interner Angelegenheiten hauptsächlich mit dem Ergebnis der letzten Tarifabschlussung. Vorherrschend stand der Bericht über die Arbeitsvermittlung in Halle a. d. S., wo Wohlwollende ständig über die Tarifverhandlungen referierte. In der Diskussion kam von allen Rednern die Angelegenheit über das Erreichte zum Ausdruck, und es wurde betont, daß die erlangte Feuerungszulage kaum das zu decken imstande sei, was ein einziger Bedarfsartikel durch Preiserhöhung mehr beansprucht. In einer Resolution lehnte die Versammlung die Eingebnisse der diesjährigen Tarifberatung ab. Sie erklärte in dem Ergebnis absolut keinen Ausgleich gegenüber den wahren Verhältnissen und nach steigender Preisen für alle Bedürfnisse des künftigen Lebens. Unverändert war der Verfassung der Beschlüsse, daß die Arbeiter Druckerei eine geringere Zulage erhalten als die Buchdrucker, da eine ganze Anzahl Lebensmittel in den Großstädten billiger

zu haben sind als in den kleineren Städten. Als ebenso unerwünscht bezeichnete die Versammlung, daß die Gehältern im ersten Gehaltsjahre durch Bewilligung der halben Feuerungszulage als Gehältern zweiter Klasse bezeichnet werden. Die Versammlung war entsetzt über die wiederholte Ablehnung der Verkürzung der Arbeitszeit und verlangte den Abschluß kurzfristiger Tarifverträge. Durch Ablehnung eines Antrags auf zeitlichen Eintritt zum dem Gewerkschaftsamt, welchen der jetzige Schriftführer, Kollege H. Freund, stellte, weil man ihm die Teilnahme an den komplizierten Erörterungen der Vertrauensleute, Vorstandsmitgliedern, Arbeiterausschüssen usw. verweigerte, da ihm ein Vertrauensbruch zur Last gelegt wurde, machte sich die Wahl eines Schriftführers nötig. Der Typographischen Vereinigung wurden 50 Mk. zur Unterstützung ihrer Kostenverhältnisse gewährt.

Hannover. (Machlinenlehreverein.) In der am 14. September abgehaltenen Versammlung wurde das Ergebnis der Tarifabschlussung besprochen. Es kam zum Ausdruck, daß, wenn auch unsere Wünsche nicht erfüllt wurden, man sich trotzdem damit abfinden mußte. Allgemein herrschte die Ansicht, daß unbedingt ein Machlinenlehreverein (Machlinenlehre) hätte. Eine dementsprechende Geschäftsführung wurde einstimmig angenommen. Darin kommt zum Ausdruck, daß, sobald wie möglich ein Machlinenlehreverein hätte, um die nicht zur Annahme gelangten Anträge der Machlinenlehre in der letzten Tarifabschlussung und sonst noch tiefstehende Fragen erörtern und wichtige Beratungen betreffs Feuerungszulagen und wichtige Beschlüsse des Vertrauensleuten zu tätigen. Weiter hielt Kollege Mohr einen beschließend angenommenen Vortrag über die Jüdisch-Magazin-Planze. Der Punkt „Technisches“ schloß eine ziemlich lebhaft geführte Diskussion.

N. Silberstein. Wie immer, „wenn' noch dullen geht“, so ereignete sich auch unsere Bezirksversammlung am 14. September eines recht guten Besuchs; fand sie doch nach über fünfjähriger Pause zum ersten Male wieder im schönen Goslar statt, freudig willkommen begleitet von der dortigen Kollegenschaft. Wen aber die Stadt nicht gelocht, kam bestimmt der reiche Tagesordnung wegen; galt es doch Stellung zu nehmen zu den Ergebnissen der Tarifabschlussung. Vorweg wurde u. a. Vereinsmitteilungen bekanntgegeben, daß im Schriftführeramt ein Wechsel eingetreten sei. Auch bei Punkt 2: „Stellenbericht“, das es nichts zu erütern; dem Kollegen Fährke wurde Entlassung erteilt. Ein Hauptpunkt war der Vortrag des Kollegen Bahn von Hannover über: „Betriebsweise und Gewerkschaftsbewegung“. In fesselnder Weise ließ Redner die Entwicklung des Rätselsterns von seinen Anfängen in der russischen Revolution bis zu der heutigen Lage der Arbeiter in der Nationalversammlung über die Verankerung der Betriebsweise in der Verfassung an unsern geistigen Auge vorüberziehen. Reicher Inhalt lohnte dem Redner. Die Berichte aus den Bezirksorten durch die Vertrauensleute waren meist erfreulich, falls Leben sei jedoch, wie a. B. in Einbeck in der Bekleidungsbranche, zu wünschen übrig. Goslar selbst sieht jetzt einen Ortverein mit 83 Mitgliedern, hier wurde eine sozialdemokratische Zeitung gegründet, ebenso in Silberstein, was unsere Arbeitslosenfrage allmählich beendete. In Alfeld gab es bei Döbler wegen der Feuerungszulage einen halbseitigen Ausbruch und bei Senftenberg einen gangfähigen wegen der Feuerungszulage und Ferienfrage. Eine umfangreiche Debatte entspann sich dann über den Punkt „Technisches“. Das Resultat der letzten Tarifabschlussung wurde einer gründlichen Kritik unterzogen, deren Quintessenz unser Vorsitzender Frölich dahin zusammenfaßte, daß das erzielte Resultat unsern Erwartungen nicht entspreche, man habe etwas mehr Entgegenkommen erwartet. Es solle das kein Vorwurf sein für unsere Vertreter, man sei überzeugt, daß sie einen schweren Stand gehabt, aber das Resultat ist eben zu minimal, hoffentlich drüme am 1. Januar die neue Regulierung der Lohnzuschläge einen Ausgleich, zu bedauern sei auch die Ablehnung der verkürzten Arbeitszeit für die Machlinenlehre. Bei einem großen Teile der Anwesenden herrschte auch Mißbehagen darüber, daß die Machlinenlehre in der Lohnfrage besser abendschickten. Einmütig war man der Ansicht, daß das Wenige, was uns jetzt bewilligt, auch unbedingt verlangt werde und man bei eintägigen Versuchen, vielschichtig in den kleineren Orten, etwas abzurufen, die Forderungen zeigen sollte. Es herrschte schon heute ein vortretender Optimismus. Nachdem Kollege Bahn verschiedene Aufklärungen gegeben, denn auch der Hauptvorstand war „bedacht“ worden, und ein Antrag Alfeld auf Bewilligung von Reiseposten zurückgezogen worden war, schloß der Vorsitzende mit der Mahnung zur Einheit und einem Hoch auf den Verband die vierstündige, anregend verlaufene Versammlung.

Rad Homburg. In der Monatsversammlung im September erkrankte unser Wohlwollender Vertreter Lepsius (Frankfurt a. M.) Bericht über die Tarifabschlussung. In der Diskussion wurde die Unzulänglichkeit des Erreichten für die Provinz hervorgehoben. Besserung erhofft man durch die Revision der Lohnzuschläge. Bestimmt doch Homburg, obwohl in der Serviceklasse B belittelt, zur Zeit nur 7 1/2 Proz. Lohnzuschlag, trotz dreier feuren Mitarbeiter des internationalen Sturfs. Den drei hoffentlich bald aus der Gefangenschaft zurückkehrenden Kollegen wurde eine Ehrengabe von je 20 Mk. bewilligt. Den Abend beschloß ein gemüthliches Beisammensein am Gedächtnis der am gleichen Tage vor 13 Jahren erstorbenen Gründung des Ortsvereins.

Rachamenswerte Beispieler. In Altenburg brachte die Buchdruckeri Ströbke & Co. („Altenburger Volkszeitung“) die neuen Feuerungszulagen für das Gesamtpersonal wie folgt zur Einführung: Für das technische Personal (einschl. Maschinenlehre) statt der 10-Mk.-Klasse 12,50 Mk., für die Hilfsarbeiter 10 Mk., für die Anstaltlerinnen und Buchbinderpersonal sowie Schreibräuer 7 Mk., für die Belehren 2 bzw. 4 Mk. Die Beilegung für alle Gruppen ist demnach prozentual gleichmäßig erfolgt. In Ferien werden gewährt: Für im 1. und 2. Beschäftigungsjahre lebende 6 Tage, für im 3. und 4. Beschäftigungsjahre lebende 9 Tage, für im 4. bis 6. Beschäftigungsjahre lebende 12 Tage, für im 6. bis 8. Beschäftigungsjahre lebende 15 Tage, für über 8 Beschäftigungsjahre 18 Tage. Für Belehren im 1. Jahre 6, im 2. Jahre 12 Tage. Weiterhin beträgt ab 1. September die wöchentliche Arbeitszeit 7 1/2 Stunden, außer den Maschinenlehren, welche schon früher die 7 stündige Arbeitszeit hatten.

Buchdrucker im Gemeindefunktion. In Altenburg wurde Kollege Simmelreich zum Bezirksvorsitzer gewählt.

Wetterprüfung. Die Kollegen Hermann Wilkens aus Bremen, Fritz Born aus Peine legten die Wetterprüfung vor der Niederschlag und Kollege Ed. Berlich aus Neudorfhausen vor der Handwerkskammer in Münster in Westfalen mit Erfolg ab.

Verlebensergebnis. Vom Aufsichtsrat der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart wird für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 10 Proz. wie im Vorjahre vorgeschlagen; im vergangenen Jahre wurde außerdem noch eine Sonderdividende von 3 Proz. verteilt.

Schiedspruch im Berliner Zeitungsgewerbe. Die am 10. Oktober vor dem Schlichtungsausschub im Reichsarbeitsministerium geführten Schlichtungsverhandlungen über einen Tarifvertrag für die Angestellten im Berliner Zeitungsgewerbe führten zu folgenden Ergebnissen: Geltungsbereich: Der Tarif gilt für alle kaufmännischen Angestellten im Groß-Berliner Zeitungsgewerbe, deren Jahresgehalt 10000 Mk. nicht übersteigt. Desgleichen sind Prokuristen, Geschäftsführer und sonstige in das Gewerkschaftsregister eingetragene, mit Handelsvollmacht versehene Personen in dem Tarif nicht enthalten. Die Gültigkeitsdauer läuft rückwirkend vom 1. Juli 1919 bis 31. März 1920. Für die verschiedenen Angestelltengruppen wurden folgende Gehälter erzielt: Gruppe A: Angestellte mit schematischen Arbeiten, Maschinenführer und Stenographen nach Mittel, Buchhalter, Lohnbuchführer, Telephonisten, Expeditiionsgehilfen, Rechnungsreiber: nach vollendeter Lehrzeit beträgt das Grundgehalt für männliche und weibliche Angestellte 210 Mk.

	Männlich	Weiblich
1. Berufsjahr	240 Mk.	235 Mk.
2. „	270 „	260 „
3. „	310 „	290 „
4. „	330 „	310 „
5. „	370 „	330 „
6. „	390 „	350 „
7. „	420 „	375 „
8. „	450 „	385 „
9. „	480 „	385 „

Abreisenscheiter erhalten einen Tagelohn von 8,50 Mk. Gruppe B: Maschinenführer mit Sprachkenntnis, selbstständige Korrespondenten, 1 Buchhalter, 1 Lohnbuchhalter, Registratorien, Lagerverwalter, Kassierer, Expedienten. Grundgehalt nach vollendeter Lehrzeit: für männliche Angestellte 375 Mk. und für weibliche 325 Mk.

	Männlich	Weiblich
1. Berufsjahr	425	390
2. „	450	380
3. „	475	400
4. „	500	425
5. „	525	450
6. „	550	470
7. „	575	490

Gruppe C: 1. Korrespondenten, Hauptbuchhalter, Hauptkassierer, Abteilungsleiter und 1 Expedient: Grundgehalt ohne Geschäftsunterchied 500 Mk.

1. Berufsjahr	525 Mk.
2. „	550 „
3. „	600 „
4. „	650 „
5. „	700 „

Illustrierte erhalten als Grundgehalt 550 Mk., nach zehnjähriger Tätigkeit 600 Mk., nach weiterer fünfjähriger Tätigkeit 650 Mk. Überstunden werden mit 1/10 des Monatsgehalts, höchstens aber mit 4 Mk. pro Stunde bezahlt. Bei Krankheit wird das Gehalt sechs Wochen gezahlt, nach zehnjähriger Tätigkeit ein Vierteljahr Urlaub: Nach vollendeter Tätigkeit im Hause

1. Jahr	6 Arbeitslose
2.—5. Jahr	12 „
5.—10. „	18 „
11.—18. „	21 „

bei noch längerer Tätigkeit im selben Hause 24 Arbeitslose. Jeht 24 wöchentlich bei einer andern Firma worden mit sechs Tagen beurlaubt. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 44 Stunden.

Prohende Verklärung der Hosten- und Papiernot bei den Zeitungen. Durch eine besondere Zeilung zu Nr. 41 des „Allgemeinen“ vom 10. Oktober veröffentlicht der Verein Deutscher Zeitungsverleger folgende Be-

hannmachung: „In einer Besprechung, die auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministeriums heute mit Vertretern des Reichskohlenkommissars stattgefunden hat, wurde erneut auf die außerordentlichen Schwierigkeiten der Kohlenbeschaffung für die Industrie aufmerksam gemacht. Die Lage habe sich derart verschlimmert, daß mit einer ganz erheblichen weiteren Einschränkung der Kohlenlieferung an die Industrie unbedingt gerechnet werden müsse, ja daß sogar eine zeitweilige völlige Stilllegung derselben kaum zu vermeiden sei. Auch die Beförderung der Zeitungsdruckpapierfabriken werde in ganz erheblichem Maße eingeschränkt werden müssen. Seitens der Vertreter des Zeitungsgewerbes wurde auf die außerordentlich bedenklichen politischen und wirtschaftlichen Folgen einer noch schlechteren Versorgung der Presse mit Zeitungsdruckpapier in aller Schärfe hingewiesen. Es werden selbstverständlich seitens der Vereinsleitung alle Schritte unternommen, um die drohende Gefahr einer verminderten Beförderung abzuwenden. Wenn wir auch hoffen, daß diesem Vorgehen ein Erfolg nicht verlagert bleibt, so möchten wir doch nicht unterlassen, den Verlegern dringend nahezu legen, in der nächsten Zeit so sparsam wie nur irgend möglich mit dem Zeitungsdruckpapier umzugehen, damit im öffentlichen Interesse ein, wenn auch nur zeitweiliges Erliegen eines Teiles der Presse vermieden wird.“

Der Zeitungsverband nach dem beletzten Gebot. Auf eine Eingabe des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Sachen der Zulassung von Zeitungen nach den beletzten rheinischen Gebieten hat das Reichspostministerium mitgeteilt, daß die Zulassungsbehörden in den einzelnen Zonen, mit Ausnahme der amerikanischen Zone, nach der Zulassung ohne Einschränkung eingeführt werden dürfen, sich die Genehmigung der Zulassung von Zeitungsleistungen aus dem unbesetzten Deutschland vorbehalten haben. Für die besetzte Zone wird die Erlaubnis von der Interalliierten Wirtschaftskommission in Luxemburg, für die britische Zone von dem britischen Militärgouverneur in Köln erteilt. In die französische Zone dürfen politische Zeitungen und Broschüren überhaupt nicht eingeführt werden. Für Fachschriften kann der Verleger jedoch unter Zustimmung eines Belegstückes die Einfuhrerlaubnis bei der Presseabteilung der 10. Armee in Mainz nachsuchen. Nach Eisen-Vorbringen und dem Brückenkopfleber von Siebl sind Zeitungen allgemein nicht zugelassen.

Wissenschaftliche Zeitungskritik. Zum erstenmal ist das neue Institut für Zeitungskunde an der Universität in Leipzig mit einer Veröffentlichung hervorgetreten, in der Gerhard Muser eine staltliche Übersicht über das Zeitungswesen in Deutschland in den letzten 30 Jahren gibt. Leider schließt die Untersuchung mit dem Jahre 1914 ab, so daß die Kriegswirkungen daraus noch nicht zu erleben sind. Die wissenschaftliche Behandlung des Stoffes erforderte selbstverständlich zunächst eine Feststellung des Begriffs der Zeitung, der durchaus nicht überall in gleichem Sinn erfaßt und verstanden wird. Danach ist die Zeitung eine mechanisch vertriebsfähige, in sich geschlossene Zusammenstellung von neuen Nachrichten mit regelmäßigem, durch kurze Frist getrenntem Erscheinen. Nur solche Veröffentlichungen, die lediglich Nachrichten über Konzerte, Theater und Vergnügungsangelegenheiten bringen, werden ausgenommen. Die Zahl der Zeitungen war in Deutschland seit 1885 von 3069 auf 4021 gestiegen. In den letzten acht Jahren vor dem Kriege hatte sich die Vermehrung auffällig verlangsamt. Etwas stärker noch war die Ausbreitung der Zeitungen, indem die Zahl der Verlagsorte mehr zugenommen hatte als die der Zeitungen selbst. Belangreich ist auch die Tatsache, daß sich die Zeitungen verhältnismäßig stärker vermehrt hatten als die Bevölkerung, nämlich um 36 gegen 31 Proz.; trotzdem entfiel 1885 auf je 14731, im Jahre 1914 auf je 15381 Deutsche eine Zeitung. In einzelnen Fällen war die Vermehrung naturgemäß eine weit größere und betrug z. B. in Berlin bis zum Jahre 1906 fast 72 Proz.; dagegen war sie in Süddeutschland, namentlich in Bayern und Württemberg, weit geringer. In einzelnen Gegenden war in den letzten acht Jahren sogar ein Rückgang in der Zahl der Zeitungen eingetreten, sogar in Großstädten wie Berlin und Hamburg, wo die Gründe in den Aufschwüngen der großen Zeitungsunternehmen zu suchen sind. Das Dorado der Blätter blieben die kleinen Bundesstaaten, wo sie sich bis zum Kriege schnell vermehrt haben. So war die Zeitungsichte in den Thüringischen Staaten am größten, wo meist schon auf 6000—10000 Einwohner eine Zeitung entfiel, in der Provinz dagegen erst auf mehr als 18000. Die Vermehrung der Einwohnerschaft in den Städten führte durchaus nicht immer zu einer Vermehrung der Zeitungen, sondern oft nur zu einer Verstärkung der bestehenden Blätter. Am besten erging es vor dem Kriege den Hamburger Zeitungen, auf deren jede 56000 Einwohner entfielen, während die Berliner Zeitungen weit dahinter zurückblieben. Im Durchschnitt waren die Zeitungen wöchentlich erscheinenden Zeitungen die häufigsten. In den letzten Jahren ging die Zahl der nur ein- bis zweimal erscheinenden Zeitungen mehr und mehr zurück.

Unternehmerabotage. Gelegentlich einer Interpellation über die Kohlennot teilte Arbeitsminister Siebel in der sächsischen Volkskammer mit, daß die Regierung ein sächsisches Bergwerk in Zwangsverwaltung genommen habe. Der Bergwerksbesitzer habe den Auftrag gegeben, nicht mehr als 7000 hl Kohlen täglich zu fördern, während die Zwangsverwaltung die Förderung bereits auf 10000 hl gesteigert habe. Nach vierzehntägiger ruhiger Arbeit sei plötzlich ein Streik ausgebrochen, wobei sich herausgestellt habe, daß der Bergwerksbesitzer den Betriebsräten gegenüber sich bereit erklärt hätte, die gesamten Kosten des Streiks zu tragen. Die betreffenden Betriebsräte wurden nach Feststellung ihrer pflichtvergeßlichen Haltung von der Arbeiterkammer sofort zum Teufel gejagt. Kunstschätze für Lebensmittel. In Österreich hat es sich als unbedingte Notwendigkeit herausgestellt, zur Veräußerung von Kunstobjekten zu schreiten, um Lebensmittel aus dem Ausland zu beschaffen und die Valuta zu stärken. Biletsch genügt auch schon eine Verpändung der Kunstobjekte, doch gibt es, wie die Regierung sagt, einen andern Ausweg nicht. Abzinsen bleiben bei dem Verkauf der Sammlungen der Museen unberührt, es handelt sich vielmehr um Kunstobjekte, die in Schloßern und Ministerien aufgetapelt und der Bevölkerung größtenteils völlig unbekannt sind, da sie bisher unzugänglich waren.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

- Kritik: Der Kampf um die Betriebsräte. — Unfern beimbedehrenden Kollegen! — Woran wird es liegen? — Amas über Berlin. — Reorganisation des Bergbauwesens. — Eugener Kongressbilder, V.
- Das Zwangsverwaltete in Ungarn. — Polen. — Vereinigte Staaten von Nordamerika.
- Korrespondenzen: Duisburg. — Weib. — Gotha. — Hannover (M., G.). — Hildesheim. — Homburg.
- Kunstschätze: Nachahmungen wertige Beispiele. — Buchdrucker im Gemeinwesen. — Mitarbeiter. — Betriebsverbände. — Schiedsgericht im Berliner Zeitungsgewerbe. — Drohende Verdrängung der Kohlen- und Papierwelt für Zeitungen. — Der Zeitungsverband nach dem beletzten Gebot. — Wissenschaftliche Zeitungskritik. — Unternehmerabotage. — Kunstschätze für Lebensmittel. (Hierzu eine Beilage.)

Das bisher in mehr als 20000 Exemplaren verbreitete Lehrbuch

Die Kalkulation von Druckerarbeiten

von E. Hallupp

wird Ende Oktober in vierter, vollständig umgearbeiteter Auflage und in vergrößertem Umfang erscheinen.

Das wirksamste Hilfsbuch für Kontore und Berechnungsstellen, für Geschäftsleiter, Faktoren und Gehilfen.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Selbstkosten mit spezifizierter Aufstellung der Geschäftskosten für die Setzer, Drucker und das Kontor; Die Satzberchnung (Handsatz, Maschinensatz); Die Druckberchnung; Die Stereotype und Galvanoplastik; Die Berechnung des Papiers; Die Papierformale; Was sind Normalpapiere; Die Aufmachungsarbeiten; Broschurenarbeiten; Zahlreiche Berechnungsbeispiele (Akzidenzen, Werke, Preislisten, Tageszeitung usw.) mit Gebrauchsformularen und Schriftproben sowie Preisstellung gangbarer Drucklochen.

Alle Berechnungen auf Grund der neuesten Teuerungszuschläge vom 1. Oktober 1919.

Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften / Sitz Leipzig

Abteilung Verlag / Salomonstraße 8 III / Postcheckkonto 53420

Der Verband der Verbandsgeschichte

kann seit der enormen Erhöhung der Post- und Eisenbahntarife nicht mehr profitabel erfolgen. Vom 1. Oktober ab werden deshalb die Verbandshefte auf den unverändert bleibenden Zuchpreis, der nur 2 Mk. für Mitglieder beträgt, gelegt.

Gammelbestellungen durch die Vorstände

— In vielen Mitgliedschaften wäre mehr Propaganda nötig! — sind wegen der auf diesem Wege zu erzielenden Verbilligung des Bezugs nun um so mehr zu empfehlen. Die Besteller erhalten von jetzt ab den Zuchpreis plus Porto auf den Begleitadressen in Zahlen angegeben. Bei Bahnversand in Folge umfangreicher Bestellungen erfolgt Preismitteilung durch besondere Mitteilung später. Bestellung und Bezahlung gehen einflusslos nach in bisheriger Weise (ad 1: Radelli & Hille, Leipzig, ad 2: Verbandsheftverlag Gustav Viller, Berlin).

Züchtiger Zeitungsheft
findet sofort Stellung. [709] G. W. Siebert, Henschkestr. (D.M.P.).

Züchtiger Linotypeseher
mit längerer Praxis, korrekt, flott und pünktlich, sofort gesucht, desgl. ein in allen Scharfen bewandertes [699]

Züchtiger Handshefer
„Einstufiger Generalanzeiger“, „Einstufiger (Mederr.).“

Schweizerdegen
möglichst im Satz und Druck, der kleinem Personal (6 Köpfe) vorstehen kann, sofort gesucht. [698] Robert Schulze, Westhacht, „Westhachtler Zeitung“.

Schriftseher
20 Jahre alt, sucht Stellung. Werte Angebote unter L. S. 705 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Junger Schriftseher
in allen Scharfen bewandert, welcher auch am Regel und an der Schnellpresse ausgebildet ist, sucht sofort Stellung. Werte Angebote mit Lohnangaben unter F. 696 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Junger, Hoster Linotypeseher
(Eins oder Dreimagazinmaschine) sucht für bald oder später Stellung. Werte Angebote an [703] D. Wolf, Tachsdorf bei Wiegeln (Schlesien).

Ein Maschinenmeister ein Linotypeseher ein Handshefer
22 Jahre, mit Schnellpresse und Regel vertraut, flüchtig und fleißig, [701] pferüber, Praxis, guter Maschinenkennner, Hoster Arbeiter, 23 Jahre alt, und 33 Jahre, verb., in allen Scharfen (Spez. Zuch) gemittelt, Arb. in ein bauernde Stell. Wilsdorf od. nüb. Umg. bevorzugt. Angebote an H. Gurges, Wilsdorf, Katernstraße 61, erbeten.

Züchtiger Galvanoplastiker
22 Jahre alt, an selbst. Arbeiten gewöhnt, sucht Stellung für sofort oder später. Wert. Off. unter Sch. 399 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Schreiner Maschinenmeister
im 21. Lebensjahre, bewandert in allen vorkommenden Arbeiten an Schnell- und Regeldruckpressen, sucht bis 1. November, eventuell später, Dauerstellung. Im beletzten Gebiete bevorzugt. Wert. Schriftchen unter Nr. 685 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Schriftgießer
für Sackler-Komplett sowie Klettermännchen Schnellheftmaschine, an beiden Maschinen gewissenhafter, selbständiger Arbeiter, sucht sich zu verändern. Beste Empfehlungen, zur Zeit in ungekündigter Stellung. Winge auch ins Ausland. Offerten unter M. N. R. 5776 an Kaufstein & Wegler, H.-G., Berlin.

Kaufmännische Organisation der Buchdrucker (Buchführung, Preisberchnung). Geeignete Fachlehrer im Graph. Verlag St. Georg, München, Stolombusstraße 1. — Katalog 25 Pf.

Magnet- Selbstheilender! Elektrostein D=Ha!
macht alle Klagen haarfährig. Verlangen Sie gratis Proben von [702] Ing. Hans, München Corneliussstraße 18 Kg. Wiederverkäufer bei hohem Rabatt gel.

Balkhorn, 78 orient. Alphabete m. Gräut., f. f. l., verh. [309] M. N. Reichenbach, Leipzig, Davidstr. 15.

Graphische Vereinnigung Dresden
Am Sonntag, dem 19. Oktober, nachmittags 5 Uhr, findet im „Steinbeim“, Friedländerstraße 12, ein gefälliges Beisammensein mit Tänzchen statt anlässlich der Vorhakenkonferenz des Kreises Dresden, zu dem wir hiermit unsere Mitglieder und Gäste einladen. [710] Der Vorstand.

Am 9. Oktober verstarb unser lieber Kollege, der Drucker **August Gudewass** aus Hamburg, im 19. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Das Problem einer neuen Berufsverfassung
für das deutsche Buchdruckgewerbe. Von Carl Schaeffer. Vorleser 70 Pf. Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften Leipzig, Salomonstraße 8 III. Postcheckkonto 53430. Preisliste Nr. 6 für Fachbücher und Werkzeuge.

In freie Rede- und Vortragskunst
führt ein Dr. phil. Döbberner, Leipzig, Mühlengasse 7 I.

Rotationsmaschinenmeister
für 16teilige Granthenthaler Zwilling gesucht. Verlangt wird, eine tadellos laufende Zeitung herauszubringen und im Waidensdruck mitzuhelfen. Bei entsprechenden Leistungen Lebensstellung. [693] „Pirmascher Zeitung“, Pirmasens (Rheinpfalz).

Züchtiger Werkseher
gelesenen Alters, ledig, Anwalde. Unmittelbar rechten Fuß, sonst durchaus gesund, mit guter allseitiger und sprachlicher Bildung, der die Elemente des Griechischen und Französischen erlernt hat, sucht Stellung als Arrakteur (kann auch diesen ausüben). Suchender ist auch ledig und besitzt Routine als Eisenhilf, würde eventuell andere geeigneten Stellen, gleich wohin, annehmen. Werte Angebote unter F. G. 704 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, jedoch mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 120 — Leipzig, den 16. Oktober 1919

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Zuzerner Kongressbilder

V.

Vierter Tag

Vorstehender Klein brachte vor Eintritt in die Tagesordnung ein Schreiben der schwedischen Organisationsleitung zur Kenntnis. Eines der nächsten Erfordernisse der Internationale werde darin ein obligatorischer Beitrag von 1 Fr. wöchentlich für vollqualifizierte Mitglieder bei Bewegungen genannt. Der Vorsitzende bezeichnet dies jedoch als nicht anständig. Die Unterkümmungsbemessung müsse auch in Zukunft sich nach dem jeweiligen Streikloste richten. Die Sekretariatskommission werde in diesem Sinne nach Schweden antworten.

Hierauf wurde zum letzten Beratungspunkte gefassten: „Berichterstattung der einzelnen Landesorganisationsstellen“.

Pochop griff in seinen Ausführungen auf den großen Kampf der Buchdrucker in Österreich 1913/14 zurück, schilderte dann die Verhältnisse während der Kriegszeit mit ihrem großen Ernährungsbedarf, der enormen Teuerung und den diesbezüglichen notwendigen gewordenen mehrfachen Abkürzungen sowie deren Ergebnisse, die freilich dem eigentlichen Teuerungsmoche nicht zu genügen vermochten. Das Kriegsende und der Friedensschluss haben zur Zerstückelung des österreichischen Verbandes geführt, es sei von ehemals nur noch ein Pimpl vorhanden. Dafür wäre allerdings die Spracheneinheit erreicht, während früher mit fünf oder sechs Sprachzweigen und auch sonst verschiedenen Landesstellen gearbeitet werden müsste.

Selb referierte über Deutschland, wo bei Kriegsausbruch 72000 Mitglieder vorhanden waren, dann große Arbeitslosigkeit eintrat und im langsame Verlaufe des Krieges ebenso großer Personalmangel in den Druckereien; sei doch die Zahl der schließlich noch verbliebenen Mitglieder bis auf 28000 herabgesunken. 8000 der Ausgezogenen wären leider gefallen und 2000 seien als Strümpf zurückgekehrt. Nummern betrage der Mitgliederstand 68000. Neben verheiratete sich weiter über die Entwicklung der Teuerungszulagen und die dabei seit Ende d. J. eingetretene Komplizierung. Die Prinzipalität betrachte die Verhältnisse noch zu sehr anders, als sie in Wirklichkeit liegen. Dadurch sei es gekommen, daß bei fortwährender Teuerung vor eilenden Wochen prinzipalsteilig ein Abbau der Teuerungszulagen verlangt werden konnte; das Gegenteil sei aber bei den Verhandlungen des Tarifausschusses eingetreten. Die Revolution sei durch die lange Dauer des Krieges entwickelt worden, also nicht spontan entstanden, und habe deshalb einen unblutigen Verlauf genommen. Den Bruderkrieg in der Arbeiterkassette kurz schildern, sein Übergreifen auf die Gewerkschaften bedauern, berühmte Redner auch die Rückwirkungen auf den deutschen Verband, die nicht so bedeutend seien als anderswo.

Van der Wal führte an, daß Holland seit 1913 einen Reichsverband habe; nur die Buchdrucker hätten das bis jetzt erreicht. Es bestände eine zentrale Kommission von Prinzipal und Besetzen, die alle Monate zusammenkomme; ähnlich sei es ähnlich. Ein Prinzipal dürfe wegen Arbeitsmangels niemand entlassen, die gemeinsame Kommission habe darüber zu entscheiden. Die Kollegen glaubten nun alles erreichen zu können, die Kommissionen mühten nach dieser Auffassung sogar Streiks funktionieren. In Holland habe man eine „Operative Revolution“ (Welterteilung) gehabt, die immerhin für die Arbeiterkassette nennenswerte Resultate zeigle. Die Arbeitszeit sei durch Beschlag sogar auf 45 Stunden beschränkt worden. Die Maschinenleher hätten außerordentliche Lohnverträge zu verzeichnen. Das Lernen von Maschinen eben sei eingedämmt worden. Es herrsche in Kollegenkreisen der Glaube, die Buchdruckereien wären am besten zu sozialisieren; auch die Meinung, daß es ohne Tarifvertrag gehe, habe Anhänger. Die Tarifgemeinschaft sei gewiss nicht das Endziel, aber Mittel dazu und Weg dahin.

Winski: In Sirotsien wären von 500 Mitgliedern 300 eingezogen gewesen. Die Gewerkschaften waren verboten. Arbeitslosigkeit herrschte im ausgebreiteten Maße. Dann hätten sie einen fünf Wochen langen Kampf geführt und eine 50prozentige Erhöhung der Löhne erreicht. In diesem Jahre hätten sie 100 Str. mehr verlangt infolge der Teuerung. Als die Prinzipale daraufhin Stündigungen vornahmen, hätten sie Beiträge bis zu 5 Str. in der Woche geleistet. Der Kampf konnte vermieden werden. Der Lohn betrage nun 300 Str. wöchentlich. Sirotsien, Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Estland, Litauen, das Banat Balcha und die Murinsel mit insgesamt etwa 200 Kollegen werden sich wohl zu einem internationalen Verbande zusammenschließen, auch die anderen graphischen Arbeiter sollten herangezogen werden, und demnach solle ein graphischer Kongress stattfinden. Man gedachte so zu einem Einheitsvertrag für Südosteuropa zu kommen. In Sirotsien sei mit 500 Mitgliedern nun alles organisiert. Die Arbeitszeit betrage bei ihnen sieben Stunden.

Barbel: In Lauenburg habe es in der ersten Zeit des Krieges sehr schlecht geklungen. Dann sei es allmählich etwas besser geworden. Der Lohnsatz betrage jetzt 72 Str. wöchentlich, was jedoch nur für Neuausgeworbene in Betracht

komme. Die Teuerungszulagen werden monatlich gewährt und seien für Ledige und Verheiratete abgestuft; es gebe auch Kinderzulagen. Auf die Woche umgerechnet, würde der Lohn 92 Str. betragen. Die Maschinenleher hätten einen um 25 Proz. höheren Lohn. Die Teuerungszulagen seien in ihrem Einkommen aber gleichmäßig bemessen. Man hoffe, die Arbeitszeit auf weniger als acht Stunden verkürzt zu können. Die Maschinenleher arbeiten bei Schichtwechsel nur sieben Stunden.

Schlumpf: Die Schweiz habe 1500 Buchdrucker zu Kriegsbeginn hergeben müssen; in fast allen Ländern hätten Kollegen aus der Schweiz dem traurigen Kriegshandwerk abzuziehen gehabt. Zu Anfang des Krieges wäre große Arbeitslosigkeit eingetreten. Auch die Arbeiterblätter seien im Anlange reduziert oder in der Erscheinungsweise verringert worden. Sie hätten sich dagegen gewandt, weil solchermassen die Arbeiterschaft nicht genügend orientiert würde. Die Unterführung der Arbeitslosen habe große Auswirkungen erfordert, aber die Opferwilligkeit der Kollegen sei hierbei anzuerkennen gewesen. Die Teuerungszulagen hätten dann ein Fagen von einer Bewegung zur andern im Gefolge gehabt. Die Löhne seien nun um über 100 Proz. höher. Die Kollegen der romanischen Schweiz hätten sich nach einem unglücklich verlaufenen Streik mit dem Typographenbunde verschmolzen. Vor einiger Zeit haben die Maschinenleher einen Vorstoß in der Arbeitszeitverkürzung machen müssen, es seien 44 Stunden am Tag und 38 in der Nacht erreicht worden, für die Gehaltszahl allgemein aber eine notwendige Lohnverbesserung. Es sei in der Schweiz in der Buchdruckerwelt noch eine gelbe Organisation vorhanden, die in Luzern einen Sitzpunkt habe. Die jüngeren Kollegen in der Schweiz wollen die Organisation mehr in politische Bahnen mit einem klaren Rucke nach links drängen, 90 Proz. der Mitglieder hätten aber die Taktik der Teilung aufgegeben.

Nemecsek: Böhmen, Mähren, das frühere Österreich-Schlesien und ein Teil von Ungarn würden eine neue Organisation bilden. Mit Polen beständen noch offene Fragen wegen der Landabgrenzung. Nichtmitglieder seien nur wenig vorhanden. Von Seiten der deutschen Gewerkschaftler wäre nun das Bestreben festzustellen (Reichsverband Kommission), welche deutsche Gewerkschaften für die einzelnen Berufe zu gründen. Die deutsch-böhmischen Kollegen machen das erstrecktweise aber nicht mit. Man hoffe zur Zentralisation zu kommen, wenn die politischen Verhältnisse erst mehr geklärt seien. Auch die Frage einer graphischen Union sei bei ihnen schon akut geworden, die Journalisten suchen Anhalt bei den Buchdruckern; sie würden aber dahin wirken, daß nicht überflüssige neue Organisationsformen entstehen. Die graphischen Unionen könnten bald auch für die Internationale aktuell werden.

Selb: In Deutschland sei jetzt von radikaler Seite der Versuch zu einem graphischen Inbuiterverband auf der Grundlage des Betriebsrätegesetzes unternommen worden. Andererseits sei die Stärkung der graphischen Verbände ins Auge gefaßt und bestünde sich schon im Gange. Dieser Weg habe mehr Aussicht. Journalisten- und Faktorenkreise hätten auch beim deutschen Verband Anhalt gesucht. Es müsse abgewartet werden, wie sich die Dinge in deren Organisationen weiterentwickeln.

Dworaczek: Von dem vielgerühmten Selbstbestimmungsrechte der Völker sei im Friedensvertrage gar keine Spur zu entdecken, die Völker seien vielmehr ganz willkürlich zusammengeworfen. Man müsse aber in der Arbeiterschaft den Volkstümern das Selbstbestimmungsrecht lassen. Die österreichische Verbandsleitung habe danach gehandelt, indem sie auf Vorgesand erklärte: Ihr müßt wissen, wo ihr euch am besten organisiert! Die graphischen Unionen sei hier noch recht diskutabel, wenigstens in Italien, Holland und andre die Sozialarbeiter oder andre graphische Gruppen zu Mitgliedern haben. Die graphischen Kartelle genügen, und auf diesem Wege könne auch die notwendige Vereinheitlichung der Arbeitszeit hingearbeitet werden.

Vorstehender Klein: Durch den Abbruch von Reichsverbänden seitens aller graphischen Verbände sei ja schon eine gute Vorbedingung zur Zusammenarbeit gegeben. Er müsse dann dem Kollegen Nemecsek sagen, daß, so lange die schwebenden altschleischen Organisationen noch nicht als feststehend angesehen werden können, so lange mühten auch die Gegenseitigkeitsverträge mit den allen Organisationen weiter.

Nemecsek: Sie seien doch aus dem österreichischen Verbande bereits ausgetreten und mühten also für die einzelnen schwebenden Organisationen die Gegenseitigkeit mit andern Verbänden abzuschließen, wie es ja mit Österreich und Estland geschehen sei.

Dworaczek: Gewiß, nur wirklich ausgetreten, könne auch die Gegenseitigkeit neu abschließen. Aber Schließen habe einen solchen Charakter gar nicht unternommen, es habe noch Verpfändungen an Österreich und laie auch mit den alten österreichischen Konventionen noch teilen.

Schlumpf: Er beantrage, diese Angelegenheit durch das Internationale Sekretariat zu regeln.

Efter: Grundlag müsse sein, daß jeder Verein seine Pflichten erst erfüllt in dem alten Rahmen, ehe er durch die

infolge des Krieges eintretenden Überlebensveränderungen zu einer andern Landesorganisation überlebe.

Verban, Zentralvorstand des Schweizerischen Typographenbundes, ergreift sodann das Wort, um am Schluß der Verhandlungen auszusprechen, wie sehr die Schweiz sich erfreue habe, daß ihrer Anregung zu diesem Kongress stattgegeben worden sei. Es wäre jedenfalls gute Arbeit geleistet worden, und neue Bande seien angeknüpft. Hoffentlich würden sie sich aber nicht nur unter den Führern erhalten, sondern auch auf die Soldaten erstrecken, denn gutes Zusammenarbeiten sei allenfalls notwendig. Er wünsche den Delegierten gute Heimreise.

Selb reagierte darauf mit einem herzlichen Danke für die Gastfreundschaft der Schweizer Kollegen und die freundliche Aufnahme in Luzern selbst. Dem Kongressbüro gebühre Anerkennung, und der Internationalen Sekretariatskommission könne für die seit der Überleitung des Internationalen Sekretariats nach Stuttgart geleistete Arbeit jedenfalls Bestätigung ausgesprochen werden; hätte sie doch in der meisten Zeit, infolge des Krieges, unter den mißlichsten Verhältnissen ihre Tätigkeit entfalten müssen. Der gute Verlauf dieses Kongresses lasse die Hoffnung auf weiteres Gedeihen der Buchdruckerinternationalen in der Schweiz gewiß berechtigt erscheinen.

Vorstehender Klein bemerkte bei der Feststellung, neun Landesorganisationen mit etwa 108 500 Mitgliedern wären auf diesem Kongress vertreten, daß (Zeitgenossen außer Betracht gelassen) mit Ausnahme von Rumänien alle Verbände geschrieben oder telegraphische Grüße entboten haben. Das sei für die gefassten Beschlüsse, die hauptsächlich in Resolutionen niedergelegt wurden, wesentlich. Für die große Tätigkeit der Internationalen in der Zukunft sei gut vorgebereitet worden in Luzern, wie es die Beratung bzw. Erzielung der Punkte Einigkeit, Vertretung des Internationalen Sekretariats, Vertretung, Tarifverträge, Nachtarbeit, Vorkurs zeigen. Die Einmütigkeit der Beschlüsse sei besonders hervorzuheben. Irrtümer darften uns nicht wieder irreführen, die Arbeiterschaft sei nun doch stärker. Etwas habe es sich um einen Jubiläumskongress gehandelt, und die Internationale Sekretariatskommission habe auch die Herausgabe einer Jubiläumsschrift beabsichtigt, es hätte sich das aber doch nicht ermöglichen lassen. Den Neutralen müßte er von dieser Stelle aus großen Dank sagen für die moralische Unterstützung während der Kriegszeit sowie die Übermittlung der Sendungen, auch an Verwandte. Die Schweiz habe sich darin vor allem verdient gemacht. Das war gegenseitiges Vertrauen und Zutrauen und habe immer wieder aufgerichtet! Der richtige Geist von früher werde hoffentlich recht bald wieder aufleben. Der Geist dieses Kongresses möge sich auf alle Mitglieder übertragen und überall Einigkeit obwalten. Was hinter uns liege, sei erledigt, Einigkeit möge uns nun vorwärts bringen. Die Einigkeit und der Geist des Vertrauens auf diesem Kongresse mögen ausgeben auf die Kollegen in allen Ländern! Hier sei wirklich Pionierarbeit geleistet worden.

Mit einem kräftig erwiderten Hoch auf die Einigkeit der Buchdrucker und unter lebhafter Applaudierung der markigen Schlußrede Kleins endigte der sechste internationale Buchdruckerkongress.

Das Buchgewerbe im Auslande

Ungarn. Unter der Überschrift „Von der ungarischen Kollegenchaft“ brachte vor kurzem der Wiener „Vorwärts“ eine interessante Schilderung. Da wir bis jetzt leider ohne jede Verbindung mit untern ungarischen Kollegen sind, und da auch aus der beabsichtigten Delegation des Vorsitzenden des ungarischen Verbandes, des Kollegen Peldi, zum internationalen Buchdruckerkongress nichts geworden ist, von dem mündliche Mitteilungen über die beruflichen und gewerblichen Verhältnisse in Ungarn zu erhoffen waren, so möge das Wesentliche aus dem Berichte des „Vorwärts“ hier wiedergegeben werden.

Die Verhältnisse in Ungarn haben sich nun infolge der großen politischen Ereignisse auch für die Buchdrucker Ungarns und deren neugegründete graphische Union ganz anders gestaltet. Ein einberufener Kongress wird zur ganzen Sache gründlich Stellung nehmen. Von den Beschlüssen wird das auch für das Ausland Wichtigste berichtet werden. Einstweilen kommen nur vereinzelte Nachrichten von dort hierher. Die reaktionäre Zwischenregierung hat alle Leistungen eingestellt, angeblich wegen Papiermangels, was wohl teilweise zutrifft. In Wirklichkeit aber ist es das Bestreben, ungelöst zu bleiben und wachen zu können, die allergrößte Not. Durch diese Maßnahme aber ist die Lage des Gewerbes und der Kollegenchaft vor allem die denkbar traurigste geworden. Wohin das führen wird, läßt sich im Augenblick gar nicht übersehen. Die Bestimmung aller getroffenen Sozialreformenmaßnahmen in den Druckereien bis jetzt mit ein Ergebnis der Kommunistenberührung in Budapest. Durch die Ausrichtung der Diktatur im März hat die Entwicklung einen unangenehmen Weg betreten. Es war ein Sprung ins Ungeheure. Anreißes gibt es niemand, ohne einen fürperlichen Schaden zu erleiden, genießen. In Ungarn war

man aber anderer Meinung. Man schwor in gewissen Kreisen auf eine Formel und konnte sich dann wirtschaftlich, zumal in der Zeit der größten Not des Landes, nicht behaupten. Man sah nur das Ziel, ohne die Schwierigkeiten auf dem Marsch einzukalkülern. Die Tatsachen und Möglichkeiten wurden übersehen. Es liege die Leidenschaft über die Vernunft. Mit Gewalt ließ sich eben eine neue Wirtschaftsform nicht aufdrängen, zumal der Unterbau für deren Brauchbarkeit fehlte. Doch hier kann es sich nicht darum handeln; Fehler festzustellen oder Kritik zu üben, schon gar nicht darum, etwa den ungarischen Kollegen irgendwelche Vorlesungen zu halten. Hier kann der Erstbestehende nur insofern gedacht werden, als sich aus ihnen wichtige allgemeine Lehren ergeben. So ist also hier weder die Unmöglichkeit, die Ernährungsfrage zu lösen, noch der Rechenfehler, auf die Weltrevolution zu hoffen, wozu zu erstreben, aber den psychologischen Voraussetzungen für die Lebensfähigkeit der jüngsten Staatsform kann wohl ein Wort gewidmet werden, um so mehr, da diese Seite gerade die Arbeiterklasse, auch die graphische, sehr nahe betrifft. Gewiß haben nicht alle Proletarier Ungarns und deren führende Vertrauensmänner den begangenen Fehler mitgemacht. Gerade die Buchdrucker werden dabei viele Bedenken gehabt haben. Aber die Leidenschaft liege. Die alten Vertrauensmänner der ungarischen Arbeiter, die mit der Arbeiterbewegung durch jahrzehntelanges Wachstum verbunden sind, die in jahrelanger praktischer, wirtschaftlicher und politischer Arbeit gelernt haben, mit allen politischen und wirtschaftlichen Tatsachen zu rechnen, wurden in den entscheidenden Augenblicken verdrängt von neuen, bis dahin völlig unbekanntem Leuten. Die Arbeiter Budapests haben nur die Macht, die sie in der Stadt hatten, die allein sie zu Herren machen müßte. Sie waren nach fünf Jahren Krieg und Not erfüllt von unbewußtem Haß gegen den Kapitalismus, der sie in dieses Elend hineingeworfen hatte, ihre Kräfte waren ebenso erfüllt von Sehnsucht nach dem sozialistischen Ideal, und ihre kurzweilige wirtschaftliche Lage, die in so hohem Maße stand zu dem ihnen zum Bewußtsein kommenden Macht ihrer Klasse in den Industriezentren, drängte sie zur Tat, ließ in ihnen nicht die Erkenntnis der Grenzen ihrer Macht aufkommen, und da fanden diejenigen willige Ohren und tatbereite Hände, die, selber sich täuschend über die Macht der Klasse und ihre Wirkungsmöglichkeiten, dem Proletariat die rasche Verwirklichung des Sozialismus verkündeten, wenn es ihnen genug sei, alle Macht an sich zu reißen. Politische Schwärmer aus den Reihen der Intellektuellen, deren Denken durch den Krieg revolutioniert worden war, die das Ideal, zu dem sie eben erst bekehrt worden waren, möglichst rasch verwirklicht leben wollten, Millionen der Politik und des Klassenkampfes, die sich an ihren Ideen berauschten, und auch solche, deren persönliche Eitelkeit sie dazu trieb, eine geschichtliche Rolle spielen zu wollen, vieleicht auch Magister, die unter andern Umständen ebenso Diktatoren der Reaktion geworden wären — das waren die Leute, die fast überall dort, wo es im Verlaufe der letzten Monate zu kommunistischen Erhebungen kam, die Führer waren. Also nicht Revolutionäre, die in jahrelangem Studium der Geschichte, der Ökonomie sich die Fähigkeit dazu erworben hatten, proletarische Führer zu werden, sondern Günstlinge des Augenblicks. Für die ungarischen Sozialdemokraten war in den Märztagen die Wahl außerordentlich schwer. Sie gegen die Kommunisten zu stellen, das hätte damals bedeutet: proletarischer Bürgerkrieg, Selbstzerfleischung der Arbeiter. Der andre Weg war, mit den durch die Kommunisten geleiteten Tatsachen zu rechnen und wenigstens den Versuch zu unternehmen, die weitere Entwicklung zu beeinflussen. Nicht alle, aber doch einige Führer der ungarischen Sozialdemokraten haben den zweiten Weg gewählt, leider trotzdem nicht das Unheil hindern können, das durch das kommunistische Experiment herbeigeführt ist nicht nur über das ungarische Proletariat, sondern über die Proletarier aller Nationen. Denn die schwere Niederlage der Arbeiter Ungarns ist eine Niederlage des internationalen Proletariats, der Sieg der Reaktion in Ungarn ist ein Sieg, der gefährlich werden kann auch für die Proletariate anderer Staaten, wenn sie nicht auf der Hut sind und nicht aus den Ereignissen in Ungarn zu lernen vermögen. Wir haben aus den Ereignissen in Ungarn zu lernen: daß geschichtliche Entwicklungsstufen nicht zu überspringen sind und daß, solange noch nicht die Mehrheit aller arbeitenden Menschen in unserm Lager steht, es nach wie vor unsere wichtigste Aufgabe ist, das Proletariat mit dem Bewußtsein seiner ökonomischen Lage zu erfüllen, die vielen Zehntausende, die uns noch fernstehen, anzurücken aus der Trägheit ihres Denkens, das sich in den allen ausgetretenen Geleiten bewegt, in das bürgerlich-staatliche Erziehung sie gezwungen, ihre Gebrüder zu revolutionieren, sie zu klassenbewußten Arbeitern zu machen. Das mag ein Weg sein, der den Angehörigen als zu lang und zu mühsam erscheinen mag, er wird aber von denen, die bereits wirtschaftlich und geschichtlich denken gelernt haben, als der rascheste und sicherste zur Erreichung des Sozialismus erkannt werden.

Polen. Seit Anfang Oktober erscheint in Polen eine neue polnische Wochenschrift unter dem Titel „Przeglad graficzny“ („Graphische Durchsicht“) für das gesamte Buchdrucker- und verwandte Zweige. Gleich in der ersten Nummer befindet sich ein Proseß der Polener Buchdrucker gegen das dortige polnische Generalkommando, das eine kleine Druckerlei von der deutschen Militärbehörde übernommen hatte und jetzt, ohne daß ein Bedürfnis dafür vorhanden wäre, auf Kosten und zum Schaden der übrigen Druckerleien sich vergrößert. Leiter dieser Druckerlei ist ein junger Mann, ehemaliger Student

der Architektur, der vom graphischen Gewerbe keine Ahnung hat, viel weniger von der Situation der Arbeiter etwas versteht. Dieser Leiter requiriert aus andern Druckerleien alles, was er in seinem Geschäft braucht: Maschinen, Papier, Farben usw., ohne daran zu denken, diese Sachen auch zu bezahlen. Das polnische Generalkommando erhielt einen Tagesbefehl an sämtliche Militärbehörden, daß alle graphischen Arbeiter nur in der Druckerlei des Generalkommandos hergestellt werden sollen, und wenn etwas in einer Privatdruckerlei bestellt worden ist, darf dafür keine Zahlung geleistet werden. Offenlich hat der Proseß gegen die militärischen Auswüchse auch Erfolg.

Weiter befindet sich darin eine Mahnung an die Warschauer Kollegen, daß sie nicht die russischen Sowjetrichtungen nachahmen, sondern daran denken, daß nur durch intensive Arbeit die schweren Schäden der langen Kriegsdauer gebessert werden können. Unter den neuen Bedingungen, die die Warschauer Kollegen aufgestellt haben, befinden sich nicht weniger als 18 Feiertage, die in Deutschland Arbeitslage sind.

Die Holbuchdruckerlei von W. Decker & Co. in Polen, die schon seit 125 Jahren besteht, ist in polnischen Besitz übergegangen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika. Während wir bisher das offizielle Organ der Deutsch-Amerikanischen Typographia, die „Buchdruckerzeitung“, nur durch die Freundlichkeit eines uns bekannten Schweizer Kollegen bekamen, ist uns vor kurzem nach Jahren wieder das Verbandsorgan unserer deutsch-amerikanischen Kollegen und der 46. Jahresbericht ihrer Organisation vom Bundessekretär Hugo Miller in Indianapolis auf direktem Wege zugegangen. Wir empfinden dankbar die Wiederanknüpfung der früher zwischen uns bestandenen guten kollegialen Beziehungen. Interessant ist eine in der Nummer vom 16. September enthaltene, an den deutschen Verband gerichtete Briefkastennote, die besagt, daß ein an die Deutsch-Amerikanische Typographia gerichtetes Schreiben vom 18. September 1916 genau drei Jahre später sein Ziel erreichte, da es durch die „Serrichter der Meere“ so lange aufgehalten wurde.

Aus dem Inhalte der neuen Nummer der „Buchdruckerzeitung“ erleben wir mit Befriedigung, wie aufmerksam alle Vorgänge im Berufsleben der Alten Welt, namentlich in Deutschland und Österreich, verfolgt werden. In einem Artikel „Sollt den Nolleidenden“ gibt ein Kollege seiner Verwunderung Ausdruck, daß „noch kein Aufruf zu Sammlungen erschienen ist, um unsern Kollegen in deutschen Ländern zu bewellen, daß wir hier ihrer noch nicht vergessen haben“. Der Inhalt des Artikels macht dem guten Herzen des Schreibers alle Ehre, und selbst dann, wenn sein menschenfreundlicher Vorschlag, daß jeder deutsch-amerikanische Kollege einige Dollars opfern möge für Brot und Fett zugunsten bedrängter Witwen und Waisen deutscher Kollegen, sich nicht verwirklichen läßt, nehmen wir von dem behutenden guten Willen des betreffenden Kollegen anerkennend Notiz.

Sämtliche Arbeiter in der Regierungsdruckerlei in Washington erhielten eine zeitgemäße Lohnerhöhung, die sich auf 10 bzw. 15 Cents pro Stunde stellt. Im ganzen beträgt die Erhöhung 486652 Doll. und sie verteilt sich auf 1592 Arbeiter; davon sind 233 Korrektoren, 136 Formensetzer, 145 Linotypen, 121 Monotypen und 335 Handarbeiter, 190 Drucker, 29 Kopierschneider, 221 Buchbinder, 3 Marmorierer und 173 Maschinenisten. Der Stundenlohn beträgt nunmehr 85—90 Cents.

Dem 46. Jahresbericht der Deutsch-Amerikanischen Typographia (Zweig der International Typographical Union) entnehmen wir, daß es im Sommer vorigen Jahres, der Zeit der schlimmsten Deutschnöte, schlimm, sehr schlimm um die deutsch-amerikanische Organisation stand. Eine große Anzahl deutscher Tagesblätter in allen Landesteilen hatte unter dem Drucke der Kriegsverhältnisse das Erscheinen eingestellt, was u. a. zur Auflösung der Typographia Nr. 15 in Evansville führte, während die Zweigvereine in Baltimore und Indianapolis nur unter großen Opfern der Mitglieder über Wasser gehalten werden konnten. In Philadelphia, Buffalo, New York und Chicago schwoll infolge des Eingebens deutscher Tageszeitungen die Arbeitslosigkeit stark an. Zur Aufrechterhaltung der Deutsch-Amerikanischen Typographia bedurfte es der Ausbietung aller Energie der Mitglieder, um so mehr, als sich sogar Bestrebungen in Chicagoer Kollegenkreisen geltend machten, der deutsch-amerikanischen Organisation unter dem Deckmantel des während der Kriegszeit zu jündenden Schlagwortes „Patriotismus“ das Lebenslicht auszublauen. Die meisten Mitglieder der Typographia Nr. 19 in Columbus schlossen sich wegen Eingebens des ehemals blühenden deutschen Tagesblattes der Cincinnati Typographia an. Ähnlich lagen die Verhältnisse in der Typographia Nr. 20 inavenport, wo der „Tägliche Demokrat“ sein Erscheinen einstellte. Auch der „Milwaukee-Herald“ folgte vielen andern deutschen Zeitungen in die Versenkung nach. Ein Wandel zum Bessern war im Oktober v. J. in Chicago zu verzeichnen, wo die „Illinois-Gaazzeitung“ dank satzkräftiger Unterstützung vieler Deutschen wieder erschien. Eine dortige Vereinigung deutscher und nichtenglischer Organisationen trägt sich sogar mit der Absicht der Herausgabe eines eignen deutschen Abendblattes. Auch in andern Großstädten hob sich das Zeitungsgeschäft seitdem wieder und damit auch die Beschäftigungsgelegenheit für deutsche Buchdrucker. Die gewaltige Verteuerung der gesamten Lebenshaltung machte es zur zwingenden Notwendigkeit, daß auch die deutsch-amerikanischen Buchdrucker in Philadelphia, Cincinnati, St. Louis, Cleveland, New York, Newark, Chicago, St. Paul, Pittsburg und Detroit auf eine Erhöhung ihrer Löhne drängten. Sie hatten damit, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß auch die

Verleger der deutschen Presse unter den Kriegsverhältnissen zu leiden hatten, doch ziemlich Erfolge zu verzeichnen. Die niedrigsten Löhne werden zur Zeit noch in Rochester bezahlt.

Die Zahl der Mitglieder in 21 Zweigvereinen betrug Ende Juni v. J. 805. 12 Anzeigensolennunterstützung wurde verausgabt 3069 Doll., an Krankenunterstützung 4196 Doll., an Begräbnisunterstützung 6690 Doll., an Alterspension (die aus der englischen Zentralorganisations gezahlt wird) 15335 Doll.

Obwohl noch immer Fanatiker in den Vereinigten Staaten an der Arbeit sind, die ganze fremdsprachige Presse durch gesetzlichen Nachdruck zu unterdrücken, schließt der Jahresbericht der Deutsch-Amerikanischen Typographia doch mit einem hoffnungsvollen Ausblick auf eine kommende bessere Zeit.

Briefkasten

D. W. in Posen: Für Orientierung besten Dank. Die Angaben untes Gewährsmannes über den niedrigeren Wert der polnischen Mark ermöglichen erst die richtige Einschätzung des Ertrahens. — W. G. 22: „Graphisch Werkblatt“ in Münsterham, Sellegraf 47. D. Sch. in J.: Brief folg. Frbl. Orulj. — A. Sch. in G.: 1,40 Mark. — H. A. in Altona: In Nr. 118.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II, Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Hamburg-Altona. Nachstehende Kollegen werden aufgefordert, sich innerhalb acht Tagen im Vereinsbureau zu melden, widrigenfalls Ausschluß erfolgt: M. Arnholdt (Hauptbuchnummer 102314), Paul Bodi (17032), Hans Carlens (89014), C. Conrad (4668), D. Danielson (102071), G. Dieb (34708), Vol. Finners (43812), C. Gädgens (43757), M. Grauel (84538), Hermann Heilmann (102192), W. Höfler (102280), Max Jöpfer (89454), M. Kriick (89330), Karl Kinze (102337), Charles Lange (26637), Robert Köllner (102206), W. Mahke (61174), Karl Mendorf (102210), Alfred Michl (102435), Heinrich Müller (58226), S. Nagel (93326), Kurt Röh (102442), Paul Schieber (43880), Hermann Schmidt (102444), N. Schmidt (22543), B. Schneidewind (102446), W. Schumacher (17679), Otto Selert (89146), N. Sielemann (93833), Hans Staats (102329), Wilhelm Tebbich (102297), M. Tiedemann (89003), Edmund Voigt (89063), Hans Wachsmuth (102027), R. Warns (89427), G. Zander (102244), H. Stoll (102471).

Briefveränderungen

Honn. Vorsitzender und Bezirksleiter: Max Rutsch, Melweg 1.

Zur Aufnahme gemeldet

(Eingewandten innerhalb 14 Tagen an die befragte Adresse: Im Gau Hamburg-Altona die Seher 1. Rudolf Bendi, geb. in Hamburg 1900, ausget. das. 1918; 2. Friedrich Reimwahr, geb. in Halmow-eie (Pöbmen), ausget. in Seichen (Pöbmen) 1916; 3. Emil Schudt, geb. in Hamburg 1899, ausget. das. 1918; 4. Carl Steen, geb. in Hamburg 1898, ausget. das. 1916; 5. Ernst Wähling, geb. in Hamburg 1899, ausget. das. 1918; 6. der Drucker Bernhard Wähling, geb. in Hamburg 1897, ausget. das. 1916; waren noch nicht Mitglieder; die Seher 7. Alfred Walzer, geb. in Hamburg 1873, ausget. das. 1893; 8. Wilhelm Kron, geb. in Berlin 1878, ausget. in Wriegen 1896; 9. Max Michaels, geb. in Geln 1885, ausget. das. 1903; 10. Ernst S. T. Michaeisen, geb. in Hamburg 1895, ausget. das. 1914; 11. der Schwelgerorden Otto Sieweler, geb. in Grewesmühlen 1885, ausget. in Hamburg 1904; waren schon Mitglieder. — Fr. Kuntler in Hamburg, Bendenberhof 57 II.

Im Gau Leipzig 1. der Schwelgerorden Walter Sull, geb. in Schalkau 1899, ausget. in Sonneberg 1917; 2. der Drucker Paul Wibel, geb. in Leipzig 1880, ausget. das. 1899; waren noch nicht Mitglieder; 3. der Seher Erich Haupe, geb. in Hlsh 1900, ausget. in Gauthz 1918; war schon Mitglied. — Karl Engelbrecht in Leipzig, Bärenstraße 9 I.

Im Gau Schleifen die Seher 1. Harry Kaltern, geb. in Zomachow 1897, ausget. in Odesa (Ukrain) 1917; 2. Viktor Danilowitsch, geb. in Grajewo (Ukrain) 1891, ausget. in Marihuja 1916; 3. Alfred Burkert, geb. in Breslau 1887, ausget. das. 1905; 4. Kurt Felder, geb. in Breslau 1899, ausget. in Ober-Schreiberhau 1917; 5. Wilhelm Lehmann, geb. in Breslau 1898, ausget. das. 1916; 6. Arthur Luz, geb. in Breslau 1897, ausget. das. 1916; 7. Roman Appert, geb. in Lodz (Polen) 1896, ausget. das. 1914; 8. der Drucker Reinhold Köhler, geb. in Breslau 1897, ausget. das. 1916; die Schwelgerorden 9. Alfred Village, geb. in Grotkau 1899, ausget. das. 1918; 10. Paul Strickelber, geb. in Grotkau 1901, ausget. das. 1919; 11. Herbert Wähling, geb. in Langenbickau (Streis Reichenbach), ausget. in Ollmadau 1918; 12. Erich Elmich, geb. in Falkenberg (Streis Schönau a. S.), ausget. in Breslau 1904; 13. Paul Kieseeweller, geb. in Orlau 1874, ausget. das. 1893; 14. Bruno Meißner, geb. in Orlau 1882, ausget. das. 1900; 15. der Strohstecher und Galvanoplastiker Werner Sieger, geb. in Deffau 1897, ausget. in Paris 1914; waren noch nicht Mitglieder; 16. der Seher Willas Kersch, geb. in Grotkau 1897, ausget. das. 1915; war schon Mitglied. — Karl Fiedler in Breslau, I, Aupfergießeriehofe 7 II.

Berufungskalender

Chemnitz. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, in den „Drei Raben“, Brüderstraße.
 Dresden. Strohstecher- und Galvanoplastiker-Versammlung Sonntag, den 19. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, in „Schwaben Gasthaus“, Kleine Plauenische Gasse 2 I.
 — Korrektorenversammlung Sonntag, den 19. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Scheider“, Aulbachstraße 16.
 Müßdorf. Bezirksversammlung Sonntag, den 19. Oktober, mittags 12 Uhr, im Gasthof Laukes, Am der Grundrücke.
 Plauen I. B. Versammlung Sonntag, den 18. Oktober, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Schillerparken“.
 Wiesbaden. Außerordentliche Bezirksversammlung Sonntag, den 19. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ in Hiesbach.
 Zittau. Bezirksversammlung Sonntag, den 19. Oktober, nachmittags 1 1/2 Uhr, im „Volksbau“.